bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 07 | 27. März 2008

Rechte Szene 2

Brüchige Hemmschwelle
Die rechtspopulistischen „Bürgerbewegungen“ bemühen sich zwar um Distanz zu NPD und Neonazis, unterhalten aber gute Kontakte zu anderen Teilen der extremen Rechten.

Auf Linie trimmen
NPD-Funktionäre und -Mandatsträger werden in parteiinternen Lehrgängen inhaltlich und rhetorisch geschult.

Nachfolgeverein
Die „Bauernhilfe“ soll das „Collequium Humanum“ beerben.

Jagd auf Linke
In Berlin-Friedrichshain häufen sich rechtsextreme Übergriffe.

Seitenblick 6

„Frustrierende Rückschläge“
Die Nachrichten aus Sachsen-Anhalt über Neonazi-Gewalt und polizeiliche Einsatz- und Ermittlungspannen häufen sich – bnr.de sprach darüber mit dem SPD-Innenminister Hövelmann.

Grauzone 7

„Vorbürgerkrieg“
Götz Kubitschek ruft dazu auf, sich der kulturellen „Dekadenz“ des westlichen Liberalismus und der multikulturellen Gesellschaft entgegenzustellen.

Rezension 8

Familienbürden
Rechtsextreme Jugendliche und ihre Eltern.

Antisemitismus 9

„Juden und Andere“
Das Jüdische Museum Berlin zeigt in einer instruktiven Ausstellung, wie aus Vorurteilen und Ressentiments visuelle Stereotypen entstehen.

Propagandamittel der Nazis
Der antisemitische Hetzfilm „Jud Süß“ diente dem NS-Staat nicht zuletzt zur Aufstachelung der Bevölkerung.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Österreichs „Heimkehr“
Vor 70 Jahren wurde die Alpenrepublik ein Teil Nazi-Deutschlands – mit 99 Prozent Zustimmung begrüßte die Bevölkerung den „Anschluss“.

Meldungen 12

Rechte Szene

Brüchige Hemmschwelle

Die rechtspopulistischen „Bürgerbewegungen" bemühen sich zwar um Distanz zu NPD und Neonazis, unterhalten aber gute Kontakte zu anderen Teilen der extremen Rechten.

Markus Beisicht hat ein Problem. Am 20. September will der Vorsitzende der sich seriös gebenden rechtspopulistischen „Bürgerbewegungen" mit Namen „pro Köln" und „pro NRW" in der Domstadt einen „Anti-Islam-Kongress" zelebrieren. Sprechen sollen dabei unter anderem der Chef der österreichischen FPÖ, Heinz-Christian Strache, der Vorsitzende des französischen Front National, Jean Marie Le Pen, und der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter. Eine „machtvolle und medienwirksame Willensbekundung" soll es werden – und das „mit rechtsdemokratischen Spitzenpolitikern aus ganz Europa". Doch Beisicht droht Ungemach von noch weiter rechtsaußen. „NS-Sekten" würden versuchen, den Kongress zu erschweren beziehungsweise zu verhindern, wettert Beisicht. „An der Spitze des extremistischen Protestes gegen unseren Anti-Islamkongress sollen Funktionäre der ghettoisierten NRW-NPD stehen", mutmaßt „pro Köln". Geplant sei eine „Parallelveranstaltung des 'nationalen Widerstandes' mit szenetypischem Umzug". So etwas kann Beisicht überhaupt nicht gebrauchen. Statt selbst im Scheinwerferlicht zu stehen als „bürgerliche, sehr konservative und soziale Formation", die „jeder Art von Radikalismus eine entschiedene Absage erteilt", drohen die altbekannten Bilder eines rechtsextremen Aufmarschs, von „pro Köln" schon einmal vorab als „NS-Umzug" tituliert.

Sich von der nordrhein-westfälischen NPD und „NS-Sekten" fernzuhalten, bemüht sich „pro Köln" seit einigen Jahren. Und das mit Grund. Nordrhein-Westfalen ist seit Jahrzehnten kein gutes Pflaster für die „alte" Rechte. Als bei der Kommunalwahl 2004 die Stimmen ausgezählt waren, hatten es NPD und DVU gerade einmal geschafft, in vier von 31 Kreistage und sechs von 396 Stadt- und Gemeinderäte einzuziehen. Die „klassische" parteiförmige Rechte hat in NRW kaum eine Chance. Judith Wolter, Schatzmeisterin von „pro NRW" und stellvertretende Vorsitzende von „pro Köln": „Die so genannten 'traditionellen' Rechtsparteien sind gerade in Nordrhein-Westfalen durch eine jahrzehntelange Serie von Wahlniederlagen sowie durch personelle Querelen verschlissen." „Pro Köln" und „pro NRW" sollen ein Gegenmodell sein: erfolgreich und frisch. Unbelastet von einer Historie des Misserfolgs. Mit dem Attribut „rechtspopulistisch" schmückt man sich; von der Zuschreibung „rechtsextremistisch" will man nichts mehr wissen. Doch die alte Rechte wehrt sich, will das Feld nicht kampflos für die als „Weichspüler" empfundenen „pro"-Gruppierungen räumen. Grabenkämpfe wie im Vorfeld des „Anti-Islam-Kongresses" sind die Folge.

„Pseudorechte Populistentruppe"

Nähe und Distanz zu dieser alten Rechten sind keine festen, über die Jahre stabile Werte: Vor Jahren machte es den „pro Köln"-Protagonisten beispielsweise nichts aus, gemeinsam mit NPD und bekennenden Neonazis auf die Straße zu gehen. Heute bemüht man sich um Distanz. Man dürfe die Bürger nicht verschrecken – „weder durch unser Auftreten, noch durch unsere Sprache oder Gestus. Wer sich seit Jahren nur noch in verräucherten Hinterzimmern und rechten Politsekten bewegt hat, merkt vielleicht gar nicht mehr, wie fremd diese Welt vielen Menschen erscheint", weiß der „pro NRW"-Vorsitzende. Die heutigen „pro"-Oberen möchten nicht mehr erinnert werden an Zeiten, da „pro Köln"-Protagonisten mit dem Neonazi Axel Reitz gemeinsam bei Kundgebungen auftraten, wie 1999 vor der Kommunalwahl. Sie möchten möglicherweise auch nicht mehr daran erinnert werden, dass Wolter im November 2002 den Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten mit ihrem Besuch beehrte: „als ein Zeichen patriotischer Solidarität", wie das NPD-Blatt „Deutsche Stimme" (DS) ihre Motivation wiedergibt. „Notwendig sei keine Anbiederung an etablierte Positionen und Parteien, wie es Teile der Republikaner praktizierten, sondern eine konsequente Fundamentalopposition", zitiert die DS aus Wolters Grußwort.

Heute beteuern die „pro"-Gruppierungen wieder und wieder ihre Verfassungstreue. Jeder, der bei „pro Köln", „pro NRW" beziehungsweise „pro Deutschland" Mitglied werden will, muss per Unterschrift versichern: „Ich bekenne mich zu den

Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland." Walter Rütten, Initiator des „pro NRW"-Ablegers „pro Nettetal", geht in seinem Bekenntnis zur Demokratie gar so weit, dass er seine Gruppierung mit einer der aus Rechtspopulistensicht eigentlich doch abgewirtschafteten Altparteien vergleicht: „Was die CSU für Bayern ist, wollen wir für Nettetal werden. Das ist weit entfernt von rechtsradikalem Gedankengut." Auch solche Äußerungen sind es, die den NPD-Landeschef Stephan Haase sagen lassen, „pro NRW" sei eine „pseudorechte Populistentruppe". Sein Stellvertreter Timo Pradel meint, die „pro"-Gruppierungen zielten darauf ab, „der authentischen nationalen Opposition in Gestalt der NPD das Wasser abzugraben".

Gemeinsam an einem Tisch mit Udo Voigt und Gerhard Frey

Doch die harsche Konfrontation zwischen den „pro"-Gruppen und der NRW-NPD darf nicht darüber hinweg täuschen, dass ansonsten die Kontakte der Rechtspopulisten zu anderen Teilen der extremen Rechten nicht schlecht sind. Dabei gilt: Der Grad der Offenheit der „pro"-Gruppen gegenüber anderen Fraktionen der extremen Rechten ist Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse. Ist der (erhoffte) Nutzen größer als der (befürchtete) Schaden für das bürgerliche Renommee, fallen die Hemmschwellen.

So macht es „pro NRW" nichts aus, den Auschwitz-Leugner Günther Kissel als Mitglied aufzunehmen. Das NRW-Innenministerium schrieb 2001 über den Bauunternehmer Kissel, er sei „auch als Spender für rechtsextremistische Parteien bekannt geworden". Die Hoffnung, dass es dank Kissels prallem Portemonnaie in der eigenen Kasse klingelt, dürfte auch „pro NRW" gehegt haben, als man sich im August 2007 freute, Kissel, der „langjährige Unterstützer der patriotischen Bewegung", wolle künftig die Aktivitäten der „Bürgerbewegung" „nach besten Kräften fördern".

So macht es den „pro"-Gruppierungen nichts aus, wiederholt Harald Neubauer auftreten zu lassen. Neubauer ist ein Wanderer zwischen den rechtsextremen (Partei-)Welten. Mitglied der NPD, dann der DVU, dann der Republikaner, dann der Deutschen Liga für Volk und Heimat, ehe er bei der Bundestagswahl 2005 auf Vorschlag der DVU auf Platz 2 der sächsischen NPD-Landesliste kandidierte. Der Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Nation&Europa", der auch Vorstandsmitglied der NPD-nahen „Gesellschaft für freie Publizistik" ist, versucht seit Jahren, die unterschiedlichen Spek tren der extremen Rechten an einen Tisch zu bringen. Dieses Ziel verfolgt auch Hans-Ulrich Piepers Veranstaltungsreihe „Dienstagsgespräche", an der „pro NRW"-Mitglieder teilnahmen, unter anderem an einer Veranstaltung mit NPD-Vize Holger Apfel im Herbst 2007 im Rheinland.

Auf die „pro"-Gruppen soll der „Glanz" der europäischen Rechtsaußenparteien abfallen

Den Vertretern von „pro Köln" und „pro NRW" macht es auch nichts aus, gemeinsam mit NPD-Chef Udo Voigt und dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey in Straßburg an einem Tisch zu sitzen, um über die Bildung einer europäischen Rechtsformation zu diskutieren. Abgesehen davon, dass es natürlich eine enorme Aufwertung ist, als regionale Organisation im Kreis europäischer Rechtsaußenparteien ernst genommen zu werden, hätte man sich ein Wegbleiben gar nicht erlauben können. Schließlich buhlen die „pro"-Gruppen in Konkurrenz zu NPD, DVU und Republikaner um die Gunst von FPÖ, VB und FN. Etwas von ihrem „Glanz" und Erfolg soll auf „pro NRW" abfallen. Dabei nimmt es „pro NRW" sogar in Kauf, radikaler aufzutreten als die europäischen Vorbilder: Während sich zum Beispiel selbst FPÖ-Chef Strache ein wenig von seiner Parteifreundin Susanne Winter absetzte, die im Grazer Kommunalwahlkampf immer wieder durch rechtsradikale und rassistische Äußerungen aufgefallen war, fand Beisicht für sie nur lobende Worte: „Gerade auch für pro NRW vorbildlich und absolut nachahmenswert" sei ihre Wahlkampagne gewesen.

Und trotz aller verbalen Distanz zu den altrechten Parteien: Wenn die in Zehntausender-Auflagen verbreiteten DVU- und NPD-Blätter die Möglichkeit bieten, auch in deren Leserspektrum für sich zu werben, nutzt man die Gelegenheit gern. So ließ sich Wolter im Juni 2007 von der „National-Zeitung" interviewen. Und Beisicht war mit einem Interview in der Juli-Ausgabe 2007 der „Deutschen Stimme" vertreten. Auf die sonst penetrant wiederholte Beteuerung seiner Verfassungstreue verzichtete Beisicht an dieser Stelle. Das hätten die Leser des NPD-Blattes wohl auch nicht goutiert. *Tomas Sager*

Auf Linie trimmen

NPD-Funktionäre und -Mandatsträger werden in parteiinternen Lehrgängen inhaltlich und rhetorisch geschult.

„Klasse statt Masse“ lautet seit Jahren eine Maxime der NPD. In der Hoffnung, langfristig eine Professionalisierung ihrer Anhänger zu erreichen, bietet die Partei interne Schulungen an. Die Kandidaten für die mehrtägigen Lehrgänge werden ausgewählt. Über interne Schulungen der NPD war bisher wenig bekannt. Jetzt ist klar: Nach dem erfolgreichen Abschluss eines „Grundlehrgangs“ im „Nationaldemokratischen Bildungszentrum“ in Berlin-Köpenick erhalten Teilnehmer eine „Ergebnisurkunde“ mit Benotung verliehen.

Schulungswürdige zukünftige Parteifunktionäre werden in den Lehrgängen ebenso wie angehende Kommunal- und Landespolitiker in Themen wie Verbands- und Pressearbeit, Rechtskunde, Rhetorik und Programmatik auf Linie gebracht. Auf speziellen Fragebögen zur „Aussageverweigerung“ erlernen Neonazis den Umgang mit der Justiz. Frage 16 ist dann zum Beispiel „Wie lautet die wichtigste Regel in einem Strafverfahren für einen Beschuldigten?“ Wer dann einträgt „Nichts sagen, von Anfang an Aussage verweigern“, bekommt ein wohlwollendes positives Häkchen. Weiterhin werden die „richtigen Rechtsmittel“ gegen Strafurteile, Strafbefehle, Bußgeldbescheide oder Versammlungsverbote vermittelt, damit jeder Anführer sofort ohne hilflose Anfrage nach oben handlungsfähig ist.

Schulungsteilnehmer wie der Schweriner NPD-Landtagsmitarbeiter Dirk Amendt oder der Abgeordnete Birger Lüssow wurden 2006 beispielsweise über die „magischen“ Dreiecke und Vierecke der Wirtschaftspolitik und das Binnenkonjunkturprogramm der Bundesrepublik aufgeklärt. Zur intensiven Lektüre ist „Armut und Globalisierung – Wohlstand durch Regionalisierung“ aus dem rechtslastigen österreichischen Leopold Stocker-Verlag angeraten.

Breiten Raum in der NPD-Schulung nimmt das Thema „Rhetorik“ ein. Den Kursteilnehmern werden „Rednerpult, Fahne und Symbolik“ wie auch „Trinken und Essen vor der Rede“ empfohlen. Auch der Aufbau einer Rede wird nicht dem Zufall überlassen, so soll sie eine „logische Ordnung“ beinhalten und Stichworte dürfen „höchstens 5 auf DIN A 4“ betragen. Wichtig für den Neonazi-Redner ist auch, dass er seine „Verbundenheit mit der Zuhörerschaft“ signalisiert und „Freude über dieses Publikum“ ausdrückt. Um die Anhänger bei Stimmung zu halten, sollen die Redner immer wieder „Aufmerksamkeitsfänge“ einbauen, zum Beispiel einstreuen: „Als ich zu Ihnen heute Nachmittag unterwegs war, hörte ich im Autoradio...“ . Dann erfolgt schulungsgemäß „unsere Interpretation zur Nachricht“. Konkurrierende Koreferate sollen aus taktischen Gründen „höflich und bestimmt“ abgelehnt werden.

Um Kritik besser begegnen zu können, bekommen die Teilnehmer vom Schulungsleiter vorgekaut, wie es zu bestimmten positiven beziehungsweise negativen Wahlergebnissen für die NPD zum Beispiel in Sachsen und Schleswig-Holstein kommen konnte. Sie erfahren auch Statistisches zur Sozialstruktur der NPD, dementsprechend betrug der Frauenanteil 21 Prozent im Jahr 2005, er stieg seit 1998 um fünf Prozent und lag in „Mitteldeutschland“ mit 24 Prozent höher als im Restgebiet. Den größten Anteil der Anhänger machten 2005 die 21- bis 30-Jährigen aus. Arbeiter und Handwerker waren laut eigener NPD-Statistik vor rund drei Jahren die am stärksten vertretene Berufsgruppe. Weitaus weniger Anteil hatten Angestellte, Schüler und Unternehmer. Selbstständige wurden 2005 mit neun Prozent registriert, Beamte mit einem Prozent.

Um die Auseinandersetzung mit den Medien und der parteieigenen Pressearbeit sorgte sich Thomas Salomon aus Brandenburg. Am Beispiel des NPD-Vorsitzenden Marcell Horlebeck aus Rathenow vermittelte er den Schulungsteilnehmern den möglichen Wortlaut einer Gegendarstellung.

In Punkto Historisches erlernen die Teilnehmer „Schlüsseldaten aus der Geschichte der NPD“, von der Gründung der Partei 1964 in Hannover bis zum „Wiederaufstieg“ seit 1996. Immer wieder werden Artikel aus der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ hinzugezogen. So unter anderem eine Ausgabe von 1958 mit einer möglichen Kopie aus dem UN-Archiv, die lautet „Anweisungen 1945 für die ‘Re-education’ (Umerziehung)“.

Andrea Röpke

Nachfolgeverein

Die „Bauernhilfe" soll das „Collequium Humanum" beerben.

Schlagzeilen liefert seit Monaten der vom Verbot bedrohte Verein „Collegium Humanum" im nordrhein-westfälischen Vlotho. Schon vor Jahren ist allerdings im direkten Umfeld des „Collegium Humanums" (CH) ein artverwandter Verein ins Leben gerufen worden. Auf Initiative Ursula Haverbeck-Wetzels und Ernst-Otto Cohrs', Kuratoriumsmitglieder der „Bauernhilfe" des ehemaligen „Weltbund zum Schutze des Lebens-Bundesverband Deutschland" (WSL-D), wurde am 20. Juni 2004 in den Räumen des CH in Vlotho der Nachfolgeverein „Bauernhilfe" gegründet. Seit 2005 hat die gemeinnützige „Bauernhilfe" ihren Sitz in Söhrewald (Landkreis Kassel).

Zur Vorsitzenden wurde auf der Gründungsversammlung Ursula Haverbeck-Wetzel (Jg. 1928; Vlotho) gewählt, zur stellvertretenden Vorsitzenden Rosemarie Meissner (Jg. 1954, Söhrewald). Das Amt der Schatzmeisterin übernahm Imke Barnstedt (Jg. 1942, Oldenburg). Barnstedt war in der Vergangenheit in kleineren Rollen in Fernsehserien wie „Unser Lehrer Doktor Specht" oder „Liebling Kreuzberg" zu sehen. Zwischenzeitlich führt der Rentner Arnold Höfs (Jg. 1936, Springe) die Kasse des Vereins. Höfs reiste im Dezember 2006 zur Holocaustleugner-Konferenz nach Teheran. Einer der Beisitzer ist Thomas Meissner, Unterzeichner des aus JF-Kreisen initiierten Appells „Berufsverbot für Sascha Jung stoppen". Kassenprüfer wurden Reiner Hennies und Ralf Steinke.

Vor Ort traten der „Bauernhilfe" neben den frisch gebackenen Vorstandsmitgliedern laut Protokoll Wolfram Bednarski, Reiner Hennies, Klaus Kaping, Kurt Langenbruch, Bernhard Schaub, Karl-Heinz Steffens und Jürgen Wirtz bei. Aufgenommen in die „Bauernhilfe" wurde auch der nicht anwesende Peter Mahler, den sein Bruder Horst auf der Versammlung als Mitglied vorschlug. Der „Bauernhilfe" gehört auch Erich Siefert an, der einst bei der „Bauernhilfe" des WSL-D aktiv war. Beim Gründungstreffen der „Bauernhilfe" wurde beschlossen, das Grundstück des CH der Bauernhilfe als Eigentum zuzuführen.

Anton Maegerle

Jagd auf Linke

In Berlin-Friedrichshain häufen sich rechtsextreme Übergriffe.

Die Angreifer kamen in den frühen Morgenstunden des 9. März. Um 4.45 Uhr versuchten etwa 15 Vermummte, das Sama-Cafe, eine alternative Kneipe im Berliner Stadtteil Friedrichshain, zu stürmen. Wegen der Gegenwehr der Gäste mussten sich die Eindringlinge, darunter Aktivisten der Freien Kameradschaften, zurückziehen. Eine Woche später sprühten zwei Rechtsextremisten Reizgas in den Vorraum einer anderen alternativen Kneipe in dem Stadtteil. Wenige Tage zuvor gingen die Scheiben eines Veranstaltungsorts in unmittelbarer Nähe zu Bruch. Dort hatten bekannte Rechtsextremisten zuvor Hausverbot bekommen.

„Sie kommen vor allem aus dem angrenzenden Stadtteil Lichtenberg am Wochenende nach Friedrichshain, um einen Discobesuch mit der Jagd auf Linke zu verbinden", meint Markus Roth von der Friedrichshainer „Initiative gegen Rechts", in dem sich Parteien, Stadtteilinitiativen und Antifagruppen zusammen geschlossen haben. Für die Zunahme der rechtsextremen Übergriffe macht Roth auch neue Entwicklungen in der Freizeitkultur verantwortlich. So hat sich in Friedrichshain eine Großdisco etabliert, in der Gäste aus der rechten Szene fest integrierter Bestandteil sind. Dieser Ort habe den Rechtsextremisten in der Vergangenheit öfter als Treffpunkt und Rückzugsort gedient.

Seit 2006 kommt es in Friedrichshain immer wieder zu Übergriffen auf Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passten. „Da genügt es schon, wenn jemand Rastahaare oder eine Punkfrisur hat", meint Roth, der Mitautor einer Chronik rechter Gewalt in Friedrichshain ist. Darunter sind auch mehrere Mordversuche aufgelistet, bei denen die Angegriffenen auf die Gleise der S-Bahn oder auf eine vielbefahrene Straße geworfen wurden. So beispielsweise am 2. März 2008 im S-Bahnhof Frankfurter Allee. Die 20-jährige Anja F. stößt einen Farbigen, den sie zuvor mit rassistischen Sprüchen beleidigt hatte, vor den einfahrenden Zug. Das Opfer kann von Passanten im letzten Moment vom Gleisbett gezogen werden. Die Täterin wird in der Nähe des Bahnhofs festgenommen.

Peter Nowak

Seitenblick

„Frustrierende Rückschläge“

Die Nachrichten aus Sachsen-Anhalt über Neonazi-Gewalt und polizeiliche Einsatz- und Ermittlungspannen häufen sich – bnr.de sprach darüber mit dem SPD-Innenminister Hövelmann.

Das Land Sachsen-Anhalt sorgt regelmäßig für Negativschlagzeilen. Als das Bundesland mit den meisten rechtsextremen Straf- und Gewalttaten pro Kopf der Bevölkerung, aber vor allen Dingen auch mit zahlreichen polizeilichen Einsatz- und Ermittlunspannen im Zusammenhang mit solchen Taten. SPD-Innenminister und -Landeschef Holger Hövelmann hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem persönlichen Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. „Und solche Rückschläge sind dann immer wieder auch ziemlich frustrierend“, sagt er. „Da braucht man einen langen Atem.“

Jüngstes Beispiel ist ein Vorfall, der sich vor Hövelmanns Amtszeit ereignete, aber der erst jetzt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu polizeilichen Pannen und Versagen insbesondere bei Ermittlungen zu rechtsextremen Straftaten beschäftigt. Bei einer Führungskräftetagung der Polizei in Halle kamen die Beamten auch auf den Fall Oury Jalloh zu sprechen. Jalloh ist vor mehr als drei Jahren mit gefesselten Händen in einer Zelle der Polizeidirektion Dessau verbrannt. Zwei Beamte des Reviers stehen deshalb seit geraumer Zeit wegen Totschlags durch Unterlassen beziehungsweise Beihilfe dazu vor Gericht. Bei der Tagung äußerte ein leitender Beamter: „Schwarze brennen nun einmal ein bisschen länger.“ Ein Beamter, der sich gegen solche Äußerungen verwahrte und die Angelegenheit anschließend auf den Dienstweg brachte, wurde später schwer gemobbt und auf eigenen Wunsch versetzt, der Beamte, der die Äußerung von sich gegeben hatte, kam mit einem Verweis davon. Die Staatsanwaltschaft stellte ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung nach wenigen Tagen ein. „Wir haben diesen Fall jetzt noch einmal überprüft“, sagt Hövelmann. „Eine deutlich höhere Disziplinarstrafe wäre angebracht gewesen.“ Allerdings gelte im Disziplinarrecht das selbe Prinzip wie im Strafrecht. Ein Täter könne nicht für eine Strafe zweimal bestraft werden, wenn die erste Strafe rechtskräftig geworden ist.

In Sachsen-Anhalt werde keine andere und vor allem keine schlechtere Polizeiarbeit gemacht als in anderen Bundesländern, ist er überzeugt. „Aber wir haben in den letzten Jahren einige Ereignisse wie die Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuches oder den Überfall auf die Theatergruppe in Halberstadt gehabt, die mit einem hohen Symbolcharakter befrachtet sind“, sagt er. „Wenn bei solchen Einsätzen und Ermittlungen teilweise schwere polizeiliche Fehler unterlaufen, ruft das natürlich ein entsprechendes öffentliches Echo hervor.“ Solche Fehler seien in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren häufiger passiert als in anderen Bundesländern.

Hövelmann hat deshalb ein umfassendes Schulungs- und Fortbildungsprogramm in Sachen Rechtsextremismus für die Polizei in Sachsen-Anhalt aufgelegt. Das umfasst auch den Umgang mit Opfern und Zeugen unmittelbar nach einer neonazistischen Gewalttat. „Hier müssen wir die Beamten entsprechend sensibilisieren, dass sie nach einem rechtsextremen Überfall nicht einfach Dienst nach Vorschrift machen können“, sagt er. „Da ist eine emotionale, ja, sogar eine moralische Ebene gefragt, eben Fingerspitzengefühl.“

Den immer wieder einmal geäußerten Verdacht, in der Polizei Sachsen-Anhalts sei rechtsextremes und rassistisches Gedankengut weit verbreitet, weist Hövelmann kategorisch zurück. „Rechtsextremes Gedankengut in der Polizei als Institution schließe ich generell aus“, sagt er. „Bei knapp 8000 Polizisten kann man aber nicht ausschließen, dass es einen gibt oder auch mehrere, denen solche Gedankengänge näher sind als anderen.“ Aber wenn ein Beamter durch Worte oder gar Taten solches Gedankengut erkennen lasse, würden sofort die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Hövelmann will jetzt eine Beschwerdestelle Polizei einrichten, bei der Klagen und Beschwerden außerhalb des Dienstweges vorgebracht werden können. Der Minister lud bereits verschiedene Vereine und Einrichtungen zur Mitarbeit in dieser Einrichtung ein. Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt schlug die Einladung des Ministers aber schon aus. Nach Hövelmanns bisher vorliegenden Überlegungen sei die Unabhängigkeit dieser Stelle nicht gewährleistet.

Eberhard Löblich

Grauzone

„Vorbürgerkrieg“

Götz Kubitschek ruft dazu auf, sich der kulturellen „Dekadenz“ des westlichen Liberalismus und der multikulturellen Gesellschaft entgegenzustellen.

Der Geschäftsführer des „Instituts für Staatspolitik“ und Inhaber des Verlages „Edition Antaios“, Götz Kubitschek, hat in seiner kleinen und bibliophilen Reihe „Kaplaken“ nunmehr auch sich selbst verlegt. „Provokation“ heißt der Text und lässt auf fast 80 Seiten in das Innerste eines der wichtigsten Rechtsintellektuellen Deutschlands blicken.

Seinen Ursprung nahm das Ganze in der Januar-Ausgabe 2006 der institutseigenen Zeitschrift „Sezession“. Schon damals veröffentlichte Kubitschek einen kurzen, wortgewaltigen Text unter dem Titel „Provokation!“ („Sezession“ Ausgabe 01/06), gefolgt ein Jahr später von einem inhaltsgleichen Interview mit dem NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“ (Ausgabe 01/07).

Kubitschek ist ein Wortdrechsler, ein Textarbeiter. Er hat kein Interesse an systematischer Denkarbeit oder an kanonischen Schriften. Das lässt er seine Leser auch prompt wissen: „Wir halten nicht viel von langwierigen Begründungen, von Herleitungen, von der systematischen Stimmigkeit unseres Handlungsantriebs.“ (S. 30) Für ihn ist in fast lupenreinem Positivismus vielmehr das Leben selbst Maß des Handelns (S. 40), ohne zu reflektieren, dass die bereits interpretierende Wahrnehmung desselben und nicht „das Leben selbst“ uns Menschen allein zugänglich ist.

Kubitschek will nicht überzeugen; er will jene mit Wortgewalt anstacheln und in jenen ein Feuer entfachen, in denen bereits ein Funke des Unbehagens über die „Macht der Verhausschweinung“ (S. 74) glimmt. Kubitschek zielt dabei auf junge gesellschaftliche Eliten und nicht wie die NPD im Osten auf die Modernisierungsverlierer ab: „Selbst die jungen Hartz-IV-Empfänger raffen sich nicht auf; sie werden der Härte ihres Schicksals beraubt durch ein warmes Wohnzimmer, Nachschub an Nahrung und Flüssigem, eine Spielkonsole, Fernseher, DVD-Gerät und die Möglichkeit, folgenlos mit der Freundin zu verkehren.“ (S. 7)

Nach dem Motto „copy&paste“ hat Kubitschek seinen ursprünglichen Aufsatz aus „Sezession“ in den Zwischenspeicher geladen, sprachlich harmloser gemacht, ein paar Ergänzungen vorgenommen – und fertig war das erste Kapitel von „Provokation“. In den Folgekapiteln erfährt der Leser weniger über das Thema „Provokation“ als über Kubitscheks geistigen Vater, Armin Mohler, der sich selbst als Faschist bezeichnet hat, und seine eigene Weltsicht. Hier legt ein (Rechts)Konservativer sein Innerstes frei, der das Leben in der heutigen Bundesrepublik nur schwer erträgt und ein völlig anderes Deutschland anstrebt. Wie genau dies aussehen soll, verrät der Autor nicht. Aber Kubitschek versäumt es nicht, mehrfach darauf hinzuweisen, dass er als jemand, der das tatsächliche Leben achte, eine solche Alternative nicht im totalitären Zugriff auf den Menschen suchen könne: „Stauffenbergs Tat etwa, sein Anschlag auf Hitler, war (...) eine angemessene Tat und ist bis heute Ausdruck eines untrüglichen Sinns für das rechte Maß (...)“, weil Hitler längst „maßlosen Verrat am eigenen Volk geübt“ hätte (S. 46f).

Provokation ist für Kubitschek nicht Selbstzweck sondern Instrument, um die (potenziellen) Krieger zur Rettung der „Substanz unseres Volkes“ (S. 47) in einer medialen Welt überhaupt noch zu erreichen: „Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß, wahrgenommen, zwingend wahrgenommen wird die bewusste oder unbewusste Verletzung des Regelwerks der Harmlosigkeit, das die derzeitige deutsche, nur scheinbar nach allen Seiten offene Herrschaftsstruktur absichert und abwehrt.“ (S. 24)

Kubitschek will also jene jungen Männer um sich versammeln, die bereit sind, sich der kulturellen „Dekadenz“ des westlichen Liberalismus und dem „Vorbürgerkrieg“ (S. 10) der multikulturellen Gesellschaft entgegen zu stellen. Damit dieser Ruf gehört werde, rät er zur Provokation. Kubitschek geht es am Ende also gar nicht um das Thema „Provokation“. Der Text hätte besser „Bekenntnis“ oder „Aufbruch“ geheißen.

Mathias Brodkorb; www.endstation-rechts.de

Götz Kubitschek, Provokation, Band 6 der Reihe Kaplaken, Edition Antaios, Schnellroda 2007, 80 Seiten, 8.-- Euro.

Rezension

Familienbürden

Rechtsextreme Jugendliche und ihre Eltern.

Es gibt viele Ursachen und Einflussfaktoren dafür, dass sich Jugendliche politisch rechts(extrem) orientieren. Auch der Erziehungswissenschaftler Reiner Becker hat während seiner umfangreichen Untersuchung des Verhältnisses dieser jungen Männer und Frauen zu ihren Eltern keine monokausalen Erklärungen gefunden. Doch liefert er mit seiner Dissertation, die jetzt unter dem Titel „Ein normales Familienleben" veröffentlicht worden ist, viele interessante Einblicke in die familiären Hintergründe rechts orientierter Jugendlicher.

Becker verfolgt bei seinen ausführlichen qualitativen Interviews mit rechtsextremen Jugendlichen beziehungsweise Aussteigern aus der Szene auf der einen, mit Eltern rechter Jugendlicher auf der anderen Seite verschiedene Leitfragen: Wie gehen Familien mit einer bereits vorhandenen rechten Orientierung ihres Kindes um? Welche Rolle spielt es, wenn Eltern/Großeltern und Jugendliche in ihren politischen Einstellungen übereinstimmen? Wie stark intervenieren Familien gegen die rechte politische Haltung, gegen ein entsprechendes Outfit oder gegen gewalttätige Übergriffe ihres Kindes?

Bisher existieren nur wenige Untersuchungen, die sich ausdrücklich mit dem Einfluss der Familie auf die Entwicklung beziehungsweise Verfestigung einer rechtsextremen Orientierung von Jugendlichen befassen. Becker verweist auf eine Sekundärdatenanalyse der Leipzig-Mannheim-Studie, wonach es „signifikante Einflüsse der mütterlichen Fremdenfeindlichkeit wie auch des elterlichen Erziehungsstils auf die politische Einstellung der Jugendlichen" gebe. Ähnlich färbe auch die väterliche Einstellung auf die Kinder ab.

Der empirische Teil der Arbeit fördert freilich ein sehr differenziertes Bild zutage. Während die neun befragten Jugendlichen das gesamte Spektrum von diffus-rechter Weltanschauung bis zu manifester rechtsextremer und gewaltbereiter Orientierung repräsentieren, sind die Elterninterviews dominiert von Hilflosigkeit im Umgang mit den eigenen Kindern und dem Wunsch, in der Öffentlichkeit nicht unangenehm aufzufallen. Aber es gibt auch immer wieder Übereinstimmungen zwischen beiden Seiten, insbesondere in der Abgrenzung von Ausländern. So betont etwa ein Mädchen, dass ihre Eltern es ablehnen würden, wenn sie eine Beziehung zu einem türkischen Jungen einginge.

Von den Eltern bezeichnet sich niemand ausdrücklich als politisch rechts orientiert. Lediglich ein Vater streicht im Gespräch das gute und enge Verhältnis zu seinem Sohn heraus. Insgesamt zeige sich in diesen Interviews, so Becker, dass „die Beziehung (…) umso belasteter (erscheine), je größer die Kluft zwischen den Einstellungen ist". Obwohl es in den meisten befragten Familien mehr oder weniger starke Konflikte rund um das Thema Rechtsextremismus gibt, richtet sich die elterliche Kritik vor allem gegen Äußerlichkeiten und dem Auftreten in der Öffentlichkeit. „Vielen Eltern fiel erst mit der Veränderung des Outfits auf, dass ihre Kinder eine Affinität zum Rechtsextremismus ausbilden", schreibt Reiner Becker. In den von den Jugendlichen geschilderten Beispielen hätten sich „nur in zwei Fällen Eltern bemüht (…), auf die Einstellung der Jugendlichen selbst einzuwirken. Alle anderen 'begnügten' sich damit zu verhindern, dass die Jugendlichen allzu exponiert ihre rechte Gesinnung zur Schau tragen."

Eine einzelne Mutter und ein Elternpaar setzen sich nach eigener Darstellung sehr intensiv mit der rechtsextremen Einstellung ihrer Kinder auseinander. Diese drei Personen nehmen schließlich auch Kontakt zur Elterninitiative im Aussteigerprogramm Exit auf, wobei sie allerdings, wie Becker schreibt, „eine förmliche Odyssee erleben" mussten. Ohne ein „enormes Maß an Beharrlichkeit" könnten Eltern kaum etwas für den Ausstieg ihrer Kinder aus der rechten Szene bewirken. Becker plädiert in seinem abschließenden Resümee, Eltern die Vermittlung zu Organisationen wie Exit zu erleichtern – etwa durch kommunale Erziehungsberatungsstellen.

Für Mitarbeiter in der (sozial-)pädagogischen Praxis dürfte der Band ebenso brauchbar sein wie für Studierende und andere wissenschaftlich in diesem Bereich Tätige, liefert er doch viele Anregungen.

Gudrun Giese

Reiner Becker: Ein normales Familienleben. Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2007, 388 S. 34,80 Euro.

Antisemitismus

„Juden und Andere"

Das Jüdische Museum Berlin zeigt in einer instruktiven Ausstellung, wie aus Vorurteilen und Ressentiments visuelle Stereotypen entstehen.

Den Grundstock der von den Jüdischen Museen in Wien und Berlin konzipierten Ausstellung bilden Leihgaben aus der 5000 Objekte umfassenden Sammlung von Antisemitica, die der Wiener Kaufmann Martin Schlaff im Jahre 1993 der Stadt Wien geschenkt hat, die sie dem dortigen Jüdischen Museum überließ. Es handelt sich dabei um Postkarten, Stockknäufe in Form von Krummnasen, Porzellanfiguren, Bierhumpen und andere, seit Ende des 19. Jahrhunderts über einen Zeitraum von etwa 50 Jahren hergestellte Massenware der Andenken- und Kitschindustrie, die in verzerrter Darstellung die These vom grundlegenden Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden illustrieren sollte. Über die Herstellung und Verbreitung dieser Objekte sei immer noch wenig bekannt, sagte Cilly Kugelmann, die Programmdirektorin des Jüdischen Museums, bei der Vorstellung einer neuen Ausstellung, die visuelle Stereotypen, klischeehafte Vorstellungen von „Juden und Anderen" vorstellt. Die Dokumentation „Typisch! Klischees von Juden und Anderen" soll anschließend in Wien und Chicago gezeigt werden.

Hinter durchsichtigen weißen Gazevorhängen, auf denen ein kurzer erläuternder Text zu dem Sujet, das dahinter ausgestellt wird, zu lesen ist, werden anhand von 25 Themen jeweils drei Objekte zu einem „Tryptichon" zusammengestellt. Jede dieser Dreierkonstellationen erläuterte Cilly Kugelmann, enthält ein Werk der Hochkunst, eines aus der Trivial- und Volkskunst, die das Thema auf populärer Ebene aufgreift und als drittes Element eine künstlerische Arbeit, die sich kritisch mit dem Dargestellten auseinandersetzt und auf diese Weise das Stereotyp als ein solches entlarvt und damit zu durchbrechen sucht. Dieses dialektische Verfahren gelingt immer dann, wenn die ausgewählten Objekte aussagekräftig sind und keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Etwa beim Thema „Jüdisches Profil", das mit der 1927 entstandenen, konzentrierten und auf die charakteristische Nase des porträtierten Kunsthändlers Alfred Flechtheim verknappten Porträtbüste von Rudolf Belling und – auf der trivialen Ebene – mit einer Buchstütze illustriert wird, die das „Bücher Nörgeli" Marcel Reich-Ranicki in karikaturistischer Überspitzung abbildet. Die ironische Kontrafaktur als Antwort auf das Stereotyp der angeblich charakteristischen „jüdischen Nase" stellt die Installation „49 jüdische Nasen", dar, die Dennis Kardon direkt vom lebenden Modell genommen und nachgearbeitet hat. Das Thema erscheint in krass antisemitischer Ausprägung auch noch ein zweites Mal, mit einer Abbildung aus dem 1938 in Nürnberg erschienenen Buch „Der Giftpilz: ein Stürmerbuch für Jung und Alt" von Ernst Ludwig Hiemer und einer Auswahl von geschnitzten Wiener Spazierstöcken aus der Sammlung Schlaff, deren Griffe als groteske Nase in deutlich antisemitischer Ausprägung gearbeitet wurden. Die künstlerische Durchbrechung und Aufhebung dieses Stereotyps durch ein Bild von Deborah Kass, das Andy Warhols Doppelbild eines weiblichen Profils vor und nach einer Nasenoperation aufgreift, ist freilich zu allgemein, um in diesem Kontext zu überzeugen.

Andere Themen, die in dem beschriebenen Verfahren in drei Schritten illustriert werden, sind „Die schöne Jüdin", Shakespeares tragischer Jude", „Der wandernde Jude"; aber auch „Lustig ist das Zigeunerleben", Made in Japan", dazu Klischees, bei denen es um ethnische Eigenschaften am Beispiel von Afrikanern oder Indianern, um westliche Kolonialherren, um Kommunisten und um angeblich unveränderliche Eigenschaften von Homosexuellen geht. Nicht alles überzeugt gleichermaßen, und nicht alle der ausgewählten Kunstwerke erschließen sich dem Betrachter. Doch anregend und zur Beschäftigung auffordernd ist die Ausstellung allemal.

Der Begleitband enthält alle Zwischentexte und bildet die Exponate ab. Dazu kommen eine Einführung der Ausstellungsmacher sowie instruktive Beiträge von Detlev Claussen, Isolde Charim und Darryl Pinckney über Klischees, Stereotype und rassistische Vorurteile. *Theo Meier-Ewert*

Bis 3. August 2008 im Jüdischen Museum Berlin, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin.

www.juedisches-museum-berlin.de

Typisch! Klischees von Juden und Anderen, hrsg. vom Jüdischen Museum Berlin und dem Jüdischen Museum Wien, Nicolai Verlag 2008, 133 Seiten, cirka 160 Abbildungen 24,90 Euro.

Propagandamittel der Nazis

Der antisemitische Hetzfilm „Jud Süß" diente dem NS-Staat nicht zuletzt zur Aufstachelung der Bevölkerung.

Bis zum 3. August ist im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart die Ausstellung „Jud Süß – Propagandafilm im NS-Staat" zu sehen. „Jud Süß" ist neben „Der ewige Jude" der ekelhafteste antisemitische Hetzfilm der Nazis. Der Film, ein bürgerliches Melodram als schöner Schein und dahinter der judenfeindliche Abgrund, gibt vor, die Geschichte von Joseph Süß Oppenheimer (1698 – 1738) zu erzählen. Oppenheimer war Finanzienrat des württembergischen Herzogs Karl Alexander und wurde nach dessen Tod unter anderem wegen Schändung der protestantischen Religion und fleischlichen Umgangs mit Christinnen angeklagt. Obgleich ihm nicht ein einziger Vorwurf nachzuweisen war, wurde Oppenheimer zum Tode verurteilt und in Gegenwart von mehreren tausend Zuschauern in Stuttgart am Galgen hingerichtet. Sein Leichnam hing sechs Jahre zur Schau in einem Käfig. Nach diesem Justizmord wurde Oppenheimer zur antisemitischen Projektionsfläche. Zahlreiche Traktate, Biographien, Erzählungen und Flugschriften erschienen über ihn.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erlangte der NS-Propagandafilm „Jud Süß" aus dem Jahr 1940. Über 20 Millionen Zuschauer, ein Drittel der damaligen Reichsbevölkerung, haben ihn gesehen. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels jubilierte, „Jud Süß" sei mit hervorragenden Schauspielern besetzt. O-Ton Goebbels: „Wir werden der Welt ein Beispiel für die überlegene geistige Kriegsführung bieten." Über die Wirkung des Films heißt es am 28. November 1940 in den „Meldungen aus dem Reich" des Sicherheitsdienstes der SS: „Unter den Szenen, die von der Bevölkerung besonders beachtet werden, wird der Einzug der Juden mit Sack und Pack in die Stadt Stuttgart genannt. Im Anschluss gerade an diese Szene ist es wiederholt während der Vorführung des Filmes zu offenen Demonstrationen gegen das Judentum gekommen. So kam es zum Beispiel in Berlin zu Ausrufen wie 'Vertreibt die Juden vom Kurfürstendamm! Raus mit den Juden aus Deutschland'". 150 von insgesamt 600 Filmkopien wurden gesondert für die „weltanschauliche Schulung" bereitgestellt. Gezielt wurde der Film auch den Einsatzgruppen an der Ostfront gezeigt, die dort mit größter Brutalität gegen die jüdische Bevölkerung vorgingen. Auf Befehl Heinrich Himmlers, Reichsführer-SS, wurde „Jud Süß" auch den Wachmannschaften in den Konzentrationslagern vorgeführt. Im KZ Sachsenhausen wurden Häftlinge mit Ochsenziemern und anderen Schlagwerkzeugen verprügelt, nachdem die SS-Mannschaften den Film gesehen hatten. In zahlreichen Sprachen synchronisiert, lief der Film in fast ganz Europa. Als „Jud Süß" erschien, durften Juden in Deutschland schon zwei Jahre lang keine Kinos mehr besuchen. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde der Film verboten.

Gedreht wurde „Jud Süß" vom NS-Starregisseur Veit Harlan, einem der bedeutendsten Propagandafilmer im Nazi-Staat. Nach mehreren Verfahren wurde Harlan 1949 vom Vorwurf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" vom Landgericht Hamburg freigesprochen. Den Vorsitz hatte der ehemalige NSDAP-Richter Richter Walter Tyrolf. Nach der Verkündung des Freispruchs wurde Harlan von seinen Anhängern triumphierend aus dem Gerichtssaal getragen. Die berühmte Fotoszene schoss Heinrich Hoffmann, Freund und Leibfotograf Hitlers.

Verantwortlich für „Jud Süß" war Fritz Hippler (1909 – 2002), Leiter der Abteilung Film im Reichspropagandaministerium und später NS-Reichsfilmintendant. Der SS-Obersturmbannführer, seit 1927 NSDAP-Mitglied, blieb seiner Gesinnung bis zum Tod treu. So zählte ihn die „National-Zeitung" zu ihren langjährigen Mitarbeitern. In einem Interview mit der „Jungen Freiheit" verstieg sich Hippler 1994 zu der Aussage, „dass Goebbels angesichts der aktuellen Meinungseinebnung heute vor Neid zerplatzen würde. (...) Die Regeln der political correctness sind ja nichts anderes als Goebbels Sprachregelung." Hippler, so ein Nachruf in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme", war „einer der letzten Zeitzeugen, die für Wahrheit und Ehre ihrer Generation kämpften".

In der sehenswerten Ausstellung, die Ausschnitte von „Jud Süd" zeigt, wird die Macht des Mediums Film als wichtigem Propagandamittel der Nazis überdeutlich. Empfehlenswert ist auch auf der 150 Seiten umfassende Ausstellungskatalog „'Jud Süß' - Propagandafilm im NS-Staat", der für 12,50 Euro erhältlich ist. *Anton Maegerle*

Blick in die Zeitgeschichte

Österreichs „Heimkehr“

Vor 70 Jahren wurde die Alpenrepublik ein Teil Nazi-Deutschlands – mit 99 Prozent Zustimmung begrüßte die Bevölkerung den „Anschluss“.

Österreich erinnert sich in diesen Tagen und Wochen an das Frühjahr 1938, als es Teil des Deutschen Reiches wurde. Der Rückblick fällt unterschiedlich aus. Jahrzehnte lang sahen sich Millionen Österreicher als erste Opfer des Nationalsozialismus. Sie seien gegen ihren Willen unter Zwang Deutsche geworden. Das war länger als ein halbes Jahrhundert die offizielle Staatsdoktrin. Nur wenige verwiesen auf den frenetischen Jubel, als Hitler am 12. März 1938 auf dem Heldenplatz in Wien „vor der Geschichte die Heimkehr meiner Heimat ins Deutsche Reich“ verkündete.

Von Okkupation und Besetzung konnte realistisch keine Rede sein. Das allerdings wollte nach der Befreiung im Mai 1945 kaum jemand noch wahrhaben. Aus gutem Grund übrigens. Nach den Massenmorden und Verbrechen jeder Art zwischen 1933 und 1945 stilisierten sich alle Gesellschaftsschichten zu Opfern des NS-Regimes: Kirchen, Parteien, Gewerkschaften. Doch nur die wenigen überlebenden Juden und Roma durften sich zu Recht als erste Opfer Hitlers sehen. Heute steht zu dieser These nur noch eine kleine Minderheit, an ihrer Spitze Otto Habsburg, Enkel des letzten Kaisers. Der hat einen Tag vor dem Jahrestag, also am 11. März 2008, in Wien vor der konservativen „Österreichischen Volkspartei“ (ÖVP) erklärt, für ihn bestehe kein Zweifel daran, „dass Österreich das erste Opfer der Nationalsozialisten“ gewesen sei. Die Zuhörer dankten es ihm stehend mit langem Beifall. Es gibt sie also immer noch – nach 70 Jahren.

Das hat mehrere Gründe. Das einst riesige Österreich-Ungarn war nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten auf ein kleines, kaum lebensfähiges Land zurückgestutzt worden. Seine östlichen Gebiete wurden selbständige Staaten, Österreich verlor fast seine gesamte Industrie. Übrig blieben die aufgeblähten Verwaltungen, Banken, Versicherungen. Damals verlangten die meisten Österreicher den Anschluss ans Deutsche Reich. Das aber hatten die Westmächte verboten. Österreich sah sich selbst als nicht lebensfähig. So war die Stimmung auch noch im Jahr 1938. Als die Wehrmacht dann am 12. März einrückte, fiel kein Schuss. Stattdessen überall mit Blumen geschmückte Häuser und jubelnde Menschenmassen, den rechten Arm zum „Hitlergruß“ erhoben. Die Nazis konnten beruhigt am 10. April 1938 in einer Wahl über den „Anschluss“ abstimmen lassen.

Der erste Bundeskanzler der Republik Österreich von 1918, der Sozialdemokrat Karl Renner, sagte wenige Tage vor der Wahl dem „Neuen Wiener Tagblatt“: „Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts, 1866 und 1918, geht hiermit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter. Als Sozialdemokrat, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich … werde ich mit Ja stimmen.“ Das Ergebnis: 99 Prozent Zustimmung. Keine gefälschte Zahl. Die Bevölkerung wollte Teil des Deutschen Reiches werden – auch oder wegen des neuen Regimes, das längst vorgemacht hatte, was den Juden drohte. Das war vor allem den meisten Wienern gerade recht. Ihr vor allem religiöser Antisemitismus war alt und im Volk tief verwurzelt. 400 000 Österreicher waren am 10. April bereits von der Volksgemeinschaft ausgeschlossen worden: Juden, Roma, politisch „Verdächtige“.

Schon vor dem Wahltag hatte am 1. April 1938 der erste Deportationszug Österreich Richtung Konzentrationslager Dachau verlassen. Der österreichische Historiker Prof. Peter Stiegnitz beschrieb die Lage der Juden rückblickend so: „Die Juden Österreichs waren während der ersten Wochen nach dem Anschluss gleichsam vogelfrei. Hass, Herrenmenschendünkel, Neid und jahrzehntelanger ‘salonfähiger’ Antisemitismus brachen in Form von Sadismus, Brutalität und einer mittelalterlich anmutenden ‘Judenhatz’ aus.“ Etwa 65 000 österreichische Juden wurden Opfer der „Endlösung“. Die berüchtigte Ausstellung „Der ewige Jude“ in der Wiener Nordwestbahnhalle musste im August 1938 um einen Monat verlängert werden. 350 000 Wiener waren schließlich in die Hetzschau geströmt. Für Wiener Schüler war der Besuch Pflicht. Die Spitzenfunktionäre der „Endlösung“ in den Niederlanden waren ausschließlich Österreicher. Kein Wunder, dass niemand 1945 davon etwas gewusst haben wollte, ganz zu schweigen von Beteiligung.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Österliche Familienfeier

Golchen – Die Einheit Mecklenburg-Pommern der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) hat in der idyllischen 300-Seelen-Gemeinde Golchen in Vorpommern ein Osterlager durchgeführt. Über die Osterfeiertage war das Schullandheim in dem abgelegenen Ort in malerischer Landschaft nicht zum ersten Mal fest in den Händen der Rechtsextremisten. Als Organisator fungierte einmal mehr der Greifswalder Neonazi Frank Klawitter. Wie der Betreiber des Schullandheimes sagt, wurde das HDJ-Treffen als Familienfeier, mit Osterfeuer und Eiersuchen für die 17 Kinder angekündigt. Der „blick nach rechts" berichtete im vergangenen Jahr über das Ur-Gestein der Neonazi-Szene und Klawitters Engagement beim Technischen Hilfswerk. Seither ist Klawitter vom THW-Dienst suspendiert und es läuft gegen ihn ein Ausschlussverfahren. Ab dem zweiten Tag des österlichen Treffens waren Polizei- und Zivilbeamte der zuständigen Polizeidirektion vor Ort und beobachteten das Treiben. Da es keine Anzeichen für Straftaten und auch keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung erkennbar waren, konnten die rechtsextremen Familien ihr Treffen in der erhofften Ruhe abhalten. (tn)

NPD fürchtet Verbotsverfahren

Bad Saarow – Die NPD mobilisiert für den 16. April zu einer Demonstration nach Bad Saarow in Brandenburg gegen die dort stattfindende Innenministerkonferenz. Unter dem Motto „Feinde der (Meinungs-)Freiheit sind keine Demokraten!" will die rechtsextreme Partei in der Kleinstadt am Scharmützelsee gegen die Innenministerkonferenz demonstrieren und eine Mahnwache durchführen. „Innenminister im Verbotswahn" heißt es in dem Demonstrationsaufruf der Brandenburger NPD. Als Redner des rechtsextremen Spektakels sind der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger angekündigt. (am)

Russlanddeutsche NPDler

Berlin – In der NPD-Zentrale in Berlin wurde kürzlich ein „Arbeitskreis der Rußlanddeutschen in der NPD" gegründet. Der „Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD" will mit dem „Freundeskreis der Russlanddeutschen Konservativen" zusammenarbeiten. Kopf der „Russlanddeutschen Konservativen" ist Viktor Kasper. Bei der Eröffnung des niedersächsischen Landtagswahlkampfs der NPD im September 2007 in Hannover überbrachte Kasper ein Grußwort der „Russlanddeutschen Konservativen". Bei der von so genannten Freien Kräften unterstützten NPD-Kundgebung am 17. November 2007 in Vechta war Kasper, Unterzeichner eines aus Kreisen der „Jungen Freiheit" initiierten Appells „Berufsverbot für Sascha Jung stoppen", einer der Redner. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de